

Der Gemeindearbeiter

Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter
und Straßenbahner Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage.
Durch die Post bezogen
vierteljährlich 1,50 M.

Geschäftsstelle: Köln, Ven-
tiverwall 9, Fernnr. A 8838
Postcheckkonto Köln 18937

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Nummer 7

Köln, den 2. April 1921

9. Jahrgang

Gewerkschaftsarbeit.

Gewerkschaftsarbeit ist seit jeher und auch heute nichts anderes, wie ein stetes, zähes Ringen unter vielen Mühen und Opfern, deren Früchte in der Regel erst nach langen Jahren pur vollen Erfolg kommen. Noch vor drei Jahren war diese Erkenntnis Gemeingut der Gewerkschafter. Bis zu diesem Zeitpunkt fanden sich in den Gewerkschaften Arbeitskollegen zusammen, die gewiß nicht allein aus Liebe zu ihrem gebürtigsten Stande, aus Idealismus ihre Opfer an Mühe und bald ihrem Verbande brachten. Sie erwirkteten auch materielle Erfolge eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage vom Verbande. Aber wie beihelden waren sie in ihren Erwartungen und Hoffnungen, mußte es nach Lage der Umstände sein.

Die Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten fanden der gewerkschaftlichen Diktaturen fern. Wie ein Blitzeinschlag schlug die Welle der Indifferenzen an die Füße der Gewerkschaftslebenden. Das Unternehmerische, Gemeindewerthaltungen und Straßenbahndiktaturen gehörten nicht ausgeschlossen, besiegte seinen Teil dazu beigebracht, das Vertrauen der Arbeiter und Angestellten zu den Verbinden zu erschüttern. Wo man sie nicht offen durch Konfrontiertheite fernzuhalten verhinderte, goss man mit anderen Waffen vor. Mundliche Verhandlungen mit den Gewerkschaftsmitzähren wurden fast überall abgelehnt. Schriftliche Eingaben blieben unbearbeitet, oder man antwortete, daß sie nur mit den eigenen Arbeitern verhandeln wollten. Sollte die Forderungen, so man für berechtigt hielt, sondern zunächst Ablehnung, um sie später zu bewältigen. Schließlich wurden die Forderungen, daß aus politischen Bemerkungen bewilligt, das Entgegenkommen der einen Entschließung entspringe, nicht etwa weil die Gewerkschaften es verlangt hätten. Unter den älteren in staatlichen Betrieben tätigen Kollegen ist ja noch zur Genüge bekannt, wie bei jeder Lohnbewegung verhakt werden müsse, in stiller mühevoller Arbeit die den Arbeitern genügend gebliebenen Stadtverordneten zu beeinflussen, um sie zu bewegen, sich doch der gerechten Forderungen mit etwas Nachdruck anzuhören. Maßstäbe, um die Verbesserung der gegebenen Bedingungen zu erzielen, gingen bei den Gemeindearbeitern und Straßenbahnern in der Regel verloren, weil die Stadträte gewollt wie auch die öffentliche Meinung sich diesem Vorgehen entziehten. Gleichwohl zahlreiche Tarifverträge, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mit den jungen Kollegen fehlten und sonstige fanden sich nicht. Ein Beispiel hierfür ist das Kölner Straßenbahnenkorps vor einer Bewegung, um sich bei Politik und auf eine wirtschaftliche Verbesserung zu erkämpfen. Durch einen Missglückspunkt kam es zu einer Auseinandersetzung dem Vorsteher des Aufsichtsrats, der damaligen Rechtsanwalt Oberstaatsanwalt und dem Dr. Dr. L. H. Lohr bei der Stadtverwaltung, die

mittler abzugeben. Als nun aber diese Absicht bekannt wurde, gab dieses dem Herrn Oberbürgermeister Veranlassung, sofort seine Bereitwilligkeit zu vermitteln, zurückzuziehen. Sympathien für die Gewerkschaftsbewegung galten in weiten Kreisen eben wie ein Verbrechen.

Wenn's gut ging, kamen bei den Lohnbewegungen ein paar Pfennige heraus. Mit Genugtuung und stolzer Freude haben die Gewerkschafter auf ihren Verband, wenn es trotz allem doch gelungen war, eine wöchentliche Lohnerschöpfung von 1,20, 1,80 oder gar 2,40 M. zu erreichen, oder gar diese Erfolge durch einen Tarifvertrag, modifiziert die Gleichberechtigung im Arbeitsbetrag prinzipiell anerkannt war, festgelegt werden können.

Wozu führen wir dieses heute nochmals an, wo sich die Verhältnisse doch Gott sei Dank gegenüber früher wesentlich zu unseren Gunsten verschoben haben? Nicht um unseren Mitgliedern die Bescheidenheit der alten Gewerkschafter zur Nachahmung vor Augen zu führen, sondern weil der Wechsel der heutigen Gewerkschafter das richtige Augenmaß zur Bewertung der gewerkschaftlichen Arbeit zum übertragenen Teile verloren gegangen ist. Die Erfolge der Gewerkschaften in den letzten drei Jahren sind gewiß gemessen an der Lebenshaltung, die sich heute ein großer Teil der besseren Bevölkerung, trotz des verlorenen Krieges, noch genommen kann, nicht allzu große. Die Lebenshaltung der breiteren Massen hat sich trotz vieler Erfolge seit 1914 kaum verbessert, vielleicht sogar weiter verschlechtert.

Trotzdem sind die Erfolge der Gewerkschaften unbestritten. Wie lange es heute in den Arbeiters- und Angestelltenfamilien wohl aus ohne diese gewerkschaftlichen Erfolge? Nur wenn es die Frage gestellt wird, kommen wir zu einer gerechten Beurteilung der gewerkschaftlichen Arbeit der letzten Jahre. Die Hauptursache für die bedauernswerte Lage, in der sich ein großer Teil unserer Kollegen befindet, ist nicht darauf zurückzuführen, daß die Gewerkschaften sich verbauen, den radikalen Elementen folge zu leisten, sondern auf die schwierige Lage unserer Volkswirtschaft, die Mutter aller, in die sie durch Krieg, Friedensvertrag und auch zum Teil durch innere politische Wirren gebracht ist.

Den Willen und die Macht, den Widerstand der Gemeinden und Straßenbahndiktaturen gegen weitergehende berichtigte Forderungen der Kollegen, soweit er auf bösen Willen mangels sozialen Verständnisses zurückzuführen ist, zu brechen, haben die Gewerkschaften und machen hierauf auch rücksichtslos Gebrauch. Dieses Moment, das vor dem Kriege die größte Rolle spielte, wo man zählen konnte, aber nicht wollte, tritt heute in den Hintergrund. Dafür aber nehmen Erneuerungen vollwirtschaftlicher Art die erste Stelle ein. Erwägungen, die zwar bei den hauptsächlich radikal eingetretenden

keine Rolle spielen, aber im ureigensten Interesse der Kollegen gebieterisch Bedeutung verlangen. Die Seiten, wo im Hurz, ohne das Ende zu bedenken, geführt auf die Leistungsfähigkeit unserer Papiergewerbetreibenden forderten, durchgreift werden können, und vorbei. Gewerkschaftsarbeit muß wieder Geduldswerk werden, wenn sie auf die Dauer wahre Vorteile bringen soll. Am wenigsten können wir heute mit radikalen Werten unter Beiseiteziehung logischen Denkens und der wirklichen Tatjaden Gewerkschaftsarbeit leisten. Manche lädtischen Betriebe und Straßenbahnen stehen vor der Gefahr, von den ungünstigen Umständen erdrückt zu werden.

Wäre es da nicht ein unerantwortliches Beginnen der Gewerkschaft, wenn sie nur eine Augenblickspolitik betreiben würde und bekümmeri darum, ob die Betriebe nach einem Jahre noch in der Lage sein werden, den Arbeitern und Angestellten Arbeit und Brod zu geben? Sie kann auch nicht aufzeigen, wie der nur endlich sich langsam durchbrechende Gedanke der Sozialisierung der öffentlichen Betriebe, der Einführung einer sozialistischen Gemeindewirtschaftswelt, durch unabsehbaren Wechsel der Arbeiterschaft sabotiert wird. Seit langer Zeit der Entwicklung und die meisten dieser Betriebe dem primitiven Kapitalismus, der nur keinen Krieg kommt, entflohen worden. Seit es nicht eine eigenartliche Erneuerung, doch gerade in der heutigen Zeit, wo seitens der sozialen Gewalt Dukende v. Kommissionen damit beschäftigt sind, gängige Wege für die Abholung der liberalen Wirtschaftswellen zu suchen, die dafür keinen Betrieb in eine dem Gewinnwohl in erster Linie dienende Norm zu bringen, bereits sozialisierte Betriebe der Gewalt ausgelegt sind, wieder in die Hände von Kapitalisten zurückzugeleiten. Keine staatliche Gewalt, kein Gesetz wird diese Entwicklung hindern können, wenn derartige Betriebe in ihrer heutigen Form als unfähig erwiesen haben, den sozialen und volkswirtschaftlichen Aufgaben gerecht zu werden. Die für die Zurücksellung dieser Betriebe gewählte Form der sozialistischen gewerkschaftlichen Betriebe bietet hinsichtlich der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der beteiligten Arbeiterschaft in der Regel nur einen ganz geringen Schutz gegen unsocialen Maßnahmen der Verwaltung. Viel richtiger und vorstellbarer für die Arbeiterschaft ist es daher, wenn die Gewerkschaft durch Augen der möglichen Entwicklung ins Auge lebendes Vorgehen den drohenden Gefahren um voraus aus dem Wege zu gehen versucht. Auch auf die Gefahr hin, die nach Augenblickserfolgen unterliegenden Mitglieder vor den Kopf zu stoßen.

Selbstverständlichkeit ist der Verband in ersten Linien eine Interessenvertretung der Mitglieder in ihren wirtschaftlichen und sozialen Bestrebungen. Es ist nicht dazu da, daß die Wiederaufrichtung des zusammengebrochenen alten Wirtschaftslebens den neuen Si-

Arbeitern selbst gewünschten Politiken für die Arbeiterschaft abzugeben. Eine Aufgabe, die uns so gegen wenigen denen zugeschoben werden möchte, die in erster Linie die Verantwortung für die Volkswirtschaft zu tragen haben und durch deren Schuld der Zusammenbruch erfolgte. Aber weil die Ereignisse im Februar eine Verschärfung der Verhältnisse zugunsten der Volkswirtschaft gegeben haben, ist es die Verhältnisse im sozialen Interesse der Kollegenschaft auf alle diese Umstände Rücksicht zu nehmen.

Die Erfolge unserer Arbeit werden im Ergebnis um so größer sein, je geschickter wir vorne die gesuchte Verbündeteinstellung Bratador sind. Beispieleiter, Litteratur, Pressegruppenverbände und Beratungssektion mit den Mitgliedern zusammenarbeiten. Es fehlen wenige Differenzen im grundsätzlichen Gewerkschaftsrecht, welche keine Gegenläufe mehr über Ausgaben, Zölle, Norm, Inhalt und Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen. Die heutigen politischen Wirkungen machen bei uns, wie den Toren der Gewerkschaftschaft, was wir von mir durch die politischen Einflüssen unserer Mitglieder in unserer gewerkschaftlichen Arbeit gestort, wie es im sozialen Leben der Stadt ist. Was uns aber besonders an einer pedigrierten gewerkschaftlichen Arbeit noch hindert, sind die mangelschulden Kenntnisse eines Teiles unserer Mitglieder von dem sozialen Wollen und der Orientierung unseres Griffs Gewerkschaften. Auch die Grenzen der gewerkschaftlichen Erfolge, die uns durch den Zusammenbruch unserer Wirtschaft gezogen sind, werden noch vielfach verkannt. Tatsachen, die ausstehende ihre Erfaltung in dem Konsens der Gewerkschaften und der Gewerkschaften seit fast kaum drei Jahren den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation gefunden haben. Kann es da ausbleiben, wenn auch bei uns sich nun wieder die Regierung nicht der oberflächlichen Zusammensetzung ihres Zusatzes zu stellen anstatt dem einzigen sozialen Denken, welches nur das Prinzip der sozialen Orientierung des Sozialstaates kann, das Vorhang zu lassen.

Wir der Sozialen und Sozialen Wirtschaftsraum, in dem sämtliche Kollegen unabhängig von der Gewerkschaft ihrer Kenntnisse nachstreben, wenn sie bestrebt sind, sich ein eigenes von der Strecke unbeeinflusstes Urteil über gewerkschaftliche Dinge zu bilden.

Gedacht dieses, wird die von uns geführte gewerkschaftliche Arbeit mit der Zeit eine gerechte Beurteilung erfahren und der sozialen Kenntnissen werden für weitere und größere Erfolge auf allen Gebieten.

Trostlosigkeit zum Straßenbahnerstreik im sozialen Gewerkschaftlichen Industriegebiete.

Am letzten Samstag unseres Feiertags hielten wir uns erneut, ohne Gedanken an die eigene Erholung, den Verlauf der sozialen Bewegung der Straßenbahner im Betrieb beschäftigt. Die Zustimmung einer teilenden Beurteilung zu untersuchen. Wenn wir dabei geknüpft auf Tatsachen und gute Gründe, zu dem Ergebnis kamen, bei mir mit verschiedenem Erfolg zu den Transportarbeiterverbanden nicht übernommene, obwohl sie unsicherheite weisende, nicht ehrliche Tatsachen teilen, so liegt dieses nicht daran, sondern an den Zeiten, die wir in der sozialen Sphäre leben, wie es eben soviel zu tun ist. Es kann dem Konsens der Gewerkschaften und den sozialen Orientierungen der Gewerkschaften nicht standen, wenn sie nicht auf das sozialen Kenntnisse erzielten, die sie benötigen, um die sozialen und sozialen Wirtschaftsraum zu erhalten. Und doch als Modelle sind nicht nur die

and. Wir verstehen allerdings den Schmerz dieser Leute, die durch die Entwicklung der sozialen Gewerkschaften in eine üble Lage geraten sind. Auf der einen Seite möchten sie gern den Männchen ihrer kommunistischen Mitglieder nach sozialem Draufgängerum Technik tragen, um nicht ihr Bestreben ganz zu verlieren, auf der anderen Seite aber empfinden sie doch noch das Bedürfnis, den gewerkschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen, um nicht jeden Erfolg von vornherein auszuschließen. Es kommt dann schließlich eine Faltigkeit zustande, die keine rechte Bekämpfung auslösen kann und zu einer recht nervösen Besetzung führt. Nur so ist eine Befreiung in der sozialdemokratischen Tagespresse im Industriegebiet und ein Artikel in der Straßen- und Kleinbahnerzeitung zu erklären, die versuchen, sich anzuhören zu werden. In einem jeden Haussitzungen, der die Gesetzesverfassung des Verfassers zur Kenntnis lenkt, wird versucht, unsere soziale Würdigung durch ausgeschlagene Freiheiten und Verdächtigungen zu widerlegen. Wir folgen dem Verfasser auf diesem Wege nicht und lassen nur die Tatsachen für sich selbst sprechen.

Wir wiederholen, das Streitobjekt des Konflikts war das Haushaltsgeld. Der Transportarbeiterverband lehnte entgegen dem Willen eines guten Teiles seiner Mitglieder und unseres Verbandes dieses ab. Das Fehlen des Haushaltsgeldes im Wettbewerb zwischen dem Haushaltsgeld und dem Gewerkschaftsgeld gab doch ganz offenkundlich den Unternehmern ein die Möglichkeit, in der Öffentlichkeit mit einem guten Gewissen das Recht der Ablehnung zu verteidigen. Ebenso bestreite die Betriebsräte die Förderung des Sozialwesens durch den Reichsarbeitsminister an dem Fehlen des Haushaltsgeldes. Die Kollegen in ihrer überwiegenden Mehrzahl haben durch ihre Zustimmung zu dem Ergebnis bestätigt, dass ein Haushaltsgeld in keinem höheren Maße als vorher vorgesehen, bestimmt, das es um die sozialen Berechtigungen nicht einen Tag zu kreisen gewollt waren.

Nicht nur von uns, sondern auch von Freunden des Transportarbeiterverbandes wurde in der entscheidenden Konferenz des Verfassers gewünscht, den Konsens des Streites zu verhindern, um erst das Ergebnis der in Konsens genommenen Verhandlungen abzuwarten. Dieser Vorschlag wurde doch nur beehrt gezeigt, weil der Verfasser sehr der Überzeugung war, dass die noch bestehenden Unterschiede nicht so groß waren, um nicht durch Verhandlungen überbrückt werden zu können.

Der Vertrag wurde aber abgelehnt, weil verschiedene Gewerke unter allen Umständen den Kampf wollten. Am 20. Februar war Wahntag und da erschien es eitelhaft, warum der Streitbeginn nicht um fünf Tage, sondern am 21. oder 22. Februar verlegt werden durfte. Die Art, in der die Streitfrage in den Tagen vor der Wahl und am Tage nach der Wahl behandelt wurde, ist so auffallend verschiedenartig, dass jemand schon mit sehr großen Erfolgslappen versehen sein muss, um nicht die wahren Ursachen für diesen Umsturz in so kurzer Zeit zu erkennen.

Zudem war es unter den Kollegen ein offenes Geheimnis, dass verschiedene Wirtschaften nur deshalb den sofortigen Streit beginnen wollten, weil sie glaubten, ihre Verwaltung sei ihnen es nicht gelungen, die Tatsachen so zu präsentieren, dass sie bestreiten konnten. In Frankfurt prägte die Bevölkerung von allen Seiten, unter sozialen Gewerken, dass man schon auf Kosten der übrigen Kollegen den sozialen Fortschritt zerstören zu wollen, dann doch als Modell für andere nicht nur das

Vertrauen des Kommunisten durch soziale Draufgängerum unter allen Umständen zu erhalten verloren. Daß es darüber kommen, was wahrlich nicht ihre Schuld. Wenn nun mehr die sozialen Wirtschaften diese Tatsachen die Gewerke nervös werden lässt, sie anstatt auf Tatsachen einzugehen mit Verdächtigungen arbeiten, dann hat auch dieses keine guten Gründe. Nicht nur unsere Gewerke, sondern auch eine Reihe Transportarbeiterverbände, die sich noch ein objektives Krieg bewahrt haben, hellten nach Abschluß des Kampfes an uns die Frage: "Wo, warum haben wir denn nun eigentlich gestreikt?" Ihnen wollte es nicht einleuchten, dass das, was am 10. Februar noch weiß war, am 21. Februar schwatz lern sollte. Hier liegt des Pudels Kern. Die unzulänglichen eigenen Mitglieder, die inzwischen zur ruhigeren Beurteilung des Sachlage gekommen sind, erheben gegen den Transportarbeiterverband nicht unbegründete Vorwürfe. Diese zu bekräftigen, sie bei der Stange zu halten, ist der zweck der Niedrigung.

Den tollsten Streich hierbei ließte sie die "Straßen- und Kleinbahnerzeitung", indem sie ein Blatt aus unserem Organ bringt, wo steht, daß die deutliche Volksbewegung gegenwärtig nicht in der Lage ist, jährlichen Arbeitern eines Wohns zu gebieten, was es einem Familienträger mit mehreren Kindern gestatten würde, den notwendigen Lebensunterhalt zu gewährten. Wahrscheinlich aber ist es nicht die folgenden Ausführungen, in denen ungewisst wird, was wenn nicht den jährligen Arbeitern ein solch hoher Gehalt werben kann, er wenigstens den Vermillenvätern gewährt werden muss, die besonders schwer um ihre Existenz zu ringen haben. Die Sage, in ihrem Zusammenhang befreien, belügen nichts anderes wie eine Verließigung des Familiensances. Nur aus genauer Zummehrheit oder Vorheit kann man etwas anderes herausziehen. Das könnte aber in sich der Transportarbeiterverband in der Kritik die Richtung unserer Aussichten bestärkt. Zumal er hat nicht in einzeln, sondern in vielen Fällen den Kindernlagen und Haushaltegebäuden seine Zustimmung gegeben. Die sozialdemokratische Partei hat in manchen Städten, wie sie die Mehrheit hat, die Gewährung von Kinder- und Familienzulagen befürwortet und Vieles zu den Unternehmen oder in Kaufnahmen auf den gegenwärtigen Stand unserer Volkswirtschaft. Wenn diese sozialwirtschaftlichen Gründe beim Transportarbeiterverband keine Rolle spielen, ja warum sonst ist denn nicht dafür, daß in allen Domänen, wie Berlin, Sachsen usw. nun endlich wenigen die notwendige Zulage hier im Wesen gezahlt werden. Es verfügt doch über die Macht, hat aber doch jährling Kollegen organisiert, und bei den Gewerken sind es doch die Sozialisten, die hier die Lohnhöhe der sozialen Straßenbahner zu bejubeln haben. Alle heraus aus der bisherigen Reserve. Die großen Worte in die Tat umgesetzt. Aber da hapert es gewaltig. Kein dort, wo man die Macht hat und die Verantwortung tragen muss, sind auf einmal volkswirtschaftliche Gründe auszulagern und von gewählt aus diesen Geworden den Gewerken zuführen. Also fließen in andere Worte und die Toten der Gewerken in leider zusammen. Also wird die Kollegin von Engelbert, die eigenen Leute nicht so darum kümmern, als wenn sie Worte und Taten nicht miteinander vergleichen könnten.

Edmon sein Freund der Volkslist, 1923 auf der 2. Februar 1923, in dem er in einer Reihe von Gewerken und Gewerken

mit aller Offenheit zu begegnen. Taron soll als der Besitz, wie er in den vorausgesetzten Abschritten und Artikeln umgesetzt wird, uns dieserhalb des Arbeiters aus, ob denen, auch in Zukunft nicht überliefert. Der gesunde Sinn unserer Kollegen soll die Wahlkreis vertreten. Wenn es auf der Gegenseite nicht der Fall ist und der Betriebsratsterritorial mit den Kreischen einen angestammten Namen mit dem neuen Namen Betriebsvorsitz zu verbinden, dann eben ist es nicht unsere Schuld.

Betriebsräte tragen.

Neuwahlen der Arbeiter- und Angestellten. Nach den Bestimmungen des B.R.G. werden die gesetzlichen Arbeitnehmervertretungen auf die Dauer von einem Jahre gewählt. Es müssen jedoch in den nächsten Wochen und Monaten fast überall Neuwahlen vorgenommen werden. Der sozialdemokratische Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund gibt zu diesen Wahlen die Kartei heraus, daß bei der Gruenaufstellung jedes Kompromiß mit Gewerkschaften, die nicht sozialdemokratisch sind, unter allen Umständen abzulehnen sei. Wir danken für diese klare Stellung unserer gewerkschaftlichen Freunde. Yes! wissen unsere Mitglieder, wie sie sich zu verhalten haben. Und wir lehnen im Zusammengehen mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften ab, wie es bei der letzten Wahl richtig befiehlt wurde, nicht auf unser Wunsch, sondern auf Drängen des Gegners, der gegenüber dem Mauerfall der Unabhängigkeits- und Kommunisten zu stellen drohte. Wenn man so mit dem politischen Klüngel allein verunmöglichen, für uns ergibt sich die Pflicht, alle zu krisistisch-nationalen Boden nebbenden Kräfte einzunehmen für die Rüste der sozialen Gewerkschaften zu gewinnen.

Einsichtliches aus der Praxis der roten Betriebsräte.

Die Fülle mehrten sich, wo sozialdemokratische Betriebsratsmitglieder ihre Hauptfunktion darin erfüllten, nur darüber zu machen, daß ja ein Arbeiter sich einer anderen Organisation anschließe, als der alleinstellenden sozialdemokratischen. Daher habe die "Grünen" ledig gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstohlen, die sie ihnen erneut. Die Hauptfunktion ist, daß die ihren Machtkreis führen lassen. Nachstehend bringen wir die Abzettel eines Schreibens zur Kenntnis.

Der Betriebsrat des Elektroindustriekreises der Stadt Mainz.

Wien 4. den 7. 3. 1921.

an den Koll. August Schöter, Uniformenwerk. Raut-Beschluß der Betriebsversammlung vom 4. 3. 21. ist der Betriebsrat beauftragt, von der Direktion keine Entlassung zu fordern, sobald sich zu dem schmalsten Wege kein Verbandbuch in Ordnung gebracht ist. Der Betriebsrat kam überein. Dir eine Frist bis zum 11. 3. Mai zu gewähren.

In der Erwartung, daß Du Deinen kollegialen Pflichten nachkommst zeichnet im Auftrage des Betriebsrates

ges. Chr. Menz, Vorsitzender.

Das Verbandsbuch ist vor diesem Tage in "in geschlossenen Umlauf im Maschinenraum des Betriebes abzugeben."

Von dem Kollegen das Mitgliedsbuch zu verlangen, was mir lauter Juwel. Der rote Betriebsrat mußte ganz genau, daß der Mann bei jedem unserer Verbündeten ist. Oder nimmt er den roten Betriebsrat des Siegels, auch unsere Mitglieder zu kontrollieren?

Der Anklage hat selbstverständlich kein Zeugnis der herren Genossen keine Folge geleistet und somit haben sich die roten Brüder flößlich damit befriedigt.

Wenn Betriebsratsmitglieder ihre augenblickliche Macht so einseitig auszuüben, braucht man sich nicht zu wundern, wenn bei späteren Beratungen des Betriebsrätegeistes Beschlüsse eingeführt werden. Dann müssen sich die Arbeiter bedanken bei jenen Elementen, die solches verschuldet haben.

Die Unternehmer mittem Frühlingslust!

Dank der Tätigkeit der roten Freunde und Radikalinstinkts, denen es nach dem Revolutionszettel gelungen war, in den Betriebsrat gewählt zu werden, sind die herren Arbeitgeber bauernd bemüht, Abänderungen des bestehenden Betriebsrätegeistes herbeizuführen, oder aber durch blaue Faristen die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes so auszulegen, wie es in Ihren Arten geht. Nachstehend bringen wir ein Schreiben zur Kenntnis, welches der deutsche Industrieverband zur genauen Beachtung seinen Mitgliedern überliefert hat.

Was der Betriebsrat nicht darf.

1. Der Betriebsrat ist nicht berechtigt, sich irgendwie um die Organisationszugehörigkeit des im Betriebe beschäftigten Arbeitnehmers zu kümmern.

2. Der Betriebsrat ist nicht berechtigt, Siedlung von Richtlinien für die Einstellung von Arbeitnehmern zu fordern, die über die Bestimmungen des § 81 B. R. G. hinausgehen.

3. Der Betriebsrat ist nicht berechtigt, ein Mitbestimmungsrecht bei der Einstellung, Beförderung oder Verlegung von Arbeitnehmern zu beanspruchen.

4. Der Betriebsrat ist nicht berechtigt, die Vereinbarungen von Richtlinien über die Entlassung von Arbeitnehmern aber sonst welche Mithilfe bei derselben zu verlangen.

5. Der Betriebsrat ist nicht berechtigt, von ihm aus selbständige Anordnungen im Betrieb zu treffen (z. B. den Betrieb stillzulegen) oder irgendwie in die Betriebeleitung einzutragen. Einfluß in den Betriebs- und Nebenräumen zu machen, auch nicht zu verlangen, daß die Mithilfe in den Betriebs- und Nebenräumen, Bekanntmachungen und sonstige von der Betriebeleitung ausgehenden Anordnungen von ihm gegegenzeichnet werden.

6. Der Betriebsrat hat kein Mitbestimmungsrecht darüber, ob neue Arbeitsmethoden im Betrieb eingeführt neue Maschinen aufgestellt und sonstige Einrichtungen getroffen werden, oder nicht.

7. Der Betriebsrat ist nicht berechtigt, die Entlassung der Betriebeleitung oder einzelner Beamten oder Arbeiter und Angestellten zu fordern.

8. Der Betriebsrat ist nicht berechtigt, ohne Zustimmung des Arbeitgebers Betriebsratssammlungen während der Arbeitszeit abzuhalten und sie, (auch nicht außerhalb der Arbeitszeit) in den Betriebs- und Nebenräumen abzuhalten, soweit nicht sich mit andern als mit Angelegenheiten des Betriebes (z. B. politische, gesellschaftliche) zu beschäftigen. Die Versammlung ist auch nicht berechtigt, die Amtseidlegung des Betriebsrats oder einzelner seiner Mitglieder, etwa durch ein Mikrofonenrotorium zu erzwingen. Räume für die Abhaltung der Betriebsratssammlungen zu räumen und Kosten dafür zu tragen ist der Arbeitgeber nicht verpflichtet.

9. Der Betriebsrat hat dann kein Recht, die Entlassung seiner Mitglieder von jener Raupe,

die kostet im allgemeinen dazu erforderlich ist, abhängig zu machen, wenn die Entlassung erfolgt

a) auf Grund einer geleglichen, fachvertraglichen oder durch Schiedspruch eines Schiedsgerichtsausschusses oder einer gerechtsamen Einigung, oder Schiedsgerichtsentscheid den Verpflichtungen des Arbeitgebers;

b) aus einem Gründe, der nach den gesetzlichen Bestimmungen fristlose Entlassung und Rückabfindung zuläßt;

c) wegen Stilllegung des Betriebs (soweit nur teilweise Stilllegung erlaubt, hinsichtlich der in den betroffenen Teileinheiten beschäftigten Betriebsratsmitglieder).

10. Der Betriebsrat ist nicht berechtigt, von den Arbeitnehmern für irgendwelche Zwecke der Betriebsverteilung Beiträge zu erheben, seine Mitglieder sind nicht befugt die ihnen zufallenden Aufwandsentschädigungen in Vollaufschreitungen zu fordern, sondern nur der Ertrag der ihnen nachweisbar erwachsenen tatsächlichen notwendigen Kosten.

11. Dem Betriebsrat oder einzelnen seinen Mitgliedern steht kein Recht zu, für sich Betreuung von den ihnen im Betriebe obliegenden Arbeit oder Bezahlung in enderer als der bisherigen oder bei ihr die üblichen Weise zu fordern.

12. Die Mitglieder des Betriebsrats, auch dessen Vorsitzender sind nicht befugt, durch Untertreibung mit einzelnen Arbeitern oder Gruppen bestehen während der Betriebszeit für und andere von der Arbeit abzuhalten.

13. Die Betriebsratsitzungen dürfen nicht öffentlich und nicht während der Betriebszeit abgehalten werden, ebenso kommt die Einführung einer besonderen Sprachkunde für Betriebe, die weniger als 100 Arbeitnehmer beschäftigen, nicht in Frage. Auch die Sprachkunde ist außerhalb der Betriebszeit abzuhalten.

14. Wo hätten keine Betriebsratsmitglieder amfieren, die nicht die Voraussetzung des § 10 B. R. G. für die Wahlberechtigung im Betriebe rat erfüllen.

Was im Vorstehenden blauäuglich der Betriebsrat gefaßt ist, gilt in Hinsichtlicher Ausdehnung auch für die Gruppen, Angestellte und Arbeiterräte.

Ohne uns mit den einzelnen Funktion näher zu beschäftigen, seien wir doch, wo der Weg hinführt. Die Betriebsratsmaßen stehen vor der Tür. Nutzende der Kollektivität ist es, daß allen Orten dafür zu sorgen, daß Personen in Vorschlag gebracht werden, die weniger radikale Töne brechen, dafür aber weitgehende Kenntnisse verfügen, die nötige Ausdauerhaftigkeit besitzen und das Betriebsrätegeiste zu handhaben, daß es wirklich der Arbeiterschaft zum Vorteil gerichtet.

Lohnbewegungen und Tarifverträge.

Reaktion der Steuerzuzahlungen in Nordhausen.

Am 8. März fanden Berathaltungen zwischen dem Arbeitgeberverband norddeutscher Gemeinden und dem Zentralverband der Gemeindearbeiter und Steigerarbeiter Deutschlands sowie dem Städte- und Gemeindearbeiterverband in Quedlinburg statt. Es wurde beschlossen:

Sobald im Reich und Staat die Erhöhung der Steuerzuzahlungen eingesetzt ist wird nach den Bestimmungen der Befreiungserlaubnis die Erhöhung der Steuerzuzahlungen auch den nicht Arbeitenden zugute kommen. Daraus werden die Steuerzuzahlungen, die bis jetzt in

allen Ortsklassen 50 Prozent betragen, ab 1. 1. 1921 wie folgt geregt: Ortsklasse I 70 Proz., II 67 Proz., III 55 Proz., IV 60 Proz., und V 53 Prozent.

Die Wirkung vom 1. April 1921 werden die Grundlöhnne und Ortszuschläge, die im Besitz aufzugeleisten sind, wie folgt gründen:

1. Grundlöhne:

Ortsklasse I	wochentlich 74—86 M.
I b	78—90 M.
II	83—95 M.
III	88—100 M.
IV	93—105 M.
V	98—110 M.
Erd. m. leicht. Erd.	80—82 M.
Erd. m. schw. Erd.	86—88 M.

2. Ortszuschläge:

Wirtschaftsgeb. Kürnbach-Zürich	wochentlich 54 M.
Ortsklasse B	42 M.
Ortsklasse C	36 M.
Ortsklasse D	30 M.
Ortsklasse E	24 M.

Daraus ergeben sich ab 1. April 1921 folgende Wochentöhne:

Wochenlöhne, ges.

Höhe Rund-Geld

	C	D	E		
I a	213,76—239,80	183,72—218,76	151,50—201,80	160,40—188,80	151,90—170,50
I b	220,44—240,48	190,40—220,44	183,10—217,90	172,80—192,—	159,10—176,70
II	226,79—248,88	178,75—228,79	196,35—218,15	180,90—200,—	165,80—184,45
III	237,14—237,18	217,10—237,14	204,50—224,40	188,80—205,—	173,60—192,20
IV	245,49—265,53	225,45—245,49	212,85—232,85	196,80—216,—	161,35—189,95
V	253,84—273,88	231,80—253,84	221,10—240,90	204,80—224,—	189,10—207,70
A 1	140,29—160,32	120,24—140,48	108,90—128,70	96,00—115,20	88,70—102,90
A 2	150,30—170,34	130,26—150,30	118,90—138,70	105,60—124,80	98,00—111,80

Ortslöhne:

	C	D	E		
I a	213,76—239,80	183,72—218,76	151,50—201,80	160,40—188,80	151,90—170,50
I b	220,44—240,48	190,40—220,44	183,10—217,90	172,80—192,—	159,10—176,70
II	226,79—248,88	178,75—228,79	196,35—218,15	180,90—200,—	165,80—184,45
III	237,14—237,18	217,10—237,14	204,50—224,40	188,80—205,—	173,60—192,20
IV	245,49—265,53	225,45—245,49	212,85—232,85	196,80—216,—	161,35—189,95
V	253,84—273,88	231,80—253,84	221,10—240,90	204,80—224,—	189,10—207,70
A 1	140,29—160,32	120,24—140,48	108,90—128,70	96,00—115,20	88,70—102,90
A 2	150,30—170,34	130,26—150,30	118,90—138,70	105,60—124,80	98,00—111,80

So notwendige die dichtschwere Erhöhung der Nominallohnne auch war, eine wirtschaftliche Verbesserung des Loses gen wird ja erst dann bedeuten, wenn es gelingt, die Preise zu drücken. Durch Selbsthilfe (Kaufungsgegenstände und Warenverwertungskollektiv der Gewerkschaften) lassen sich die noch sehr oft überprachten Aufwände des Handels auf ein vernünftiges Maß herabdrücken und so eine Besserung der Lebenshaltung erreichen.

Der neue Lohnmarkt für das Kapitalepersonal in Mainz

Für das männliche sowie für das weibliche Personal des städtischen Krankenhauses, Waisenhaus und Gemaldehauses der Stadt Mainz hat unter Verband dem das Personal rechts angeordnet, einen neuen Lohnmarkt abgeschlossen. Sofern bestand auch für dieses Personal ein besonderes Mantelabkommen, welches aber dadurch hinsichtlich geworden ist, daß durch Vereinbarung mit der Stadtoberwaltung das obengenannte Personal unter den mit dem Betriebsarbeiterverband des Kreisstaates Hessen

und bei angrenzenden Gebiete privaten Betriebsunterstützt wird. Nur die Lohnordnungen, die Arbeitzeit und die Bezahlung lieberhundert unterliegt besonderer Vereinbarung.

Die neu geschlossenen Löhne sind folgende: Gruppe 1 Kaufl. und Operationswache sowie Auszubildender 540—600 M. monatlich; Gruppe 2 Schreiber, Hausbuchhalter in der Buchh. und bei den Stallungen 510—570 monatlich.

Gruppe 3 Pfortner 4,95—5,25 M. stündlich; Gruppe 4 Personal in der Waschküche, Detonarie und im Verwaltungsgesäude 4,80—5,10 M. stündlich.

Gruppe 5 weibliches Personal: Im Alter bis zu 15 Jahren 160 M. monatlich; 16 " 170 " ; 17 " 180 " ; 18 " 190 " ; 19 " 195 " ; 20 " 210 " ; 21 " 215 M.

Das über 21 Jahre alte Personal erhält:

Im ersten Dienstjahr 160 M. monatlich; Im zweiten " 160 " ; Im dritten " 170 " ; Im vierten " 180 " ; Im fünften " 190 " ; Im sechsten " 200 " .

Gruppe 3 und 4 erhält keine freie Studien. Sonstiges übrige Personal erhält neben dem angeführten Lohn noch freie Studien. Die Bezahlung der Nachmachen wurde von 6,00 M. auf 10 M. erhöht. Diese Lohnsätze sind rückwirkend ab 1. Februar 1921 in Kraft.

Zur Lohnbewegung der Gemeindearbeiter und Strafenbahnern in Frankfurt am Main

Die Lohnbewegung der Frankfurter Gemeindearbeiter und Strafenbahner, über die

Kapital und Arbeit.

Kapital und Arbeit — das ist die Frage, die für die Gewerkschaften geradezu ein Hauptpunkt ihres Denkens und Handelns und vielleicht die Hauptfrage hierzulande darstellt. Schon ist in der Welt wichtigen Dingen geübt worden, über das Problem ist so unverschöpplich, daß es überhaupt immer wieder darüber zurückzukommen. Vor allem ist es nötig, die neuere Entwicklung des Zulässigkeits zu verfolgen und aus der so gewonnenen Erkenntnis für die Praxis die notwendigen Folgerungen zu ziehen.

Strang genommen ist unter Themen solch geheißen Kapital und Arbeit sind abstrakte Begriffe, die sich in gelehrten Büchern finden, die aber mit dem, was uns hier interessiert, nichts zu tun haben. Denn zwischen Kapital und Arbeit bestehen weder Vereinigungen noch Beziehungen. Dem Gewerkschaftler ist denn gleichzeitig im Verhältnis von Kapitalisten und Arbeitern zueinander belangreich. Auf beiden wechselseitige Beziehungen kommt es ihm allein an.

Hierbei müssen wir eine Unterscheidung machen. Zwischen Kapitalisten und Arbeitern gibt es drei Arten von Beziehungen: 1. Beziehungen von Klasse zu Klasse, 2. Beziehungen des einzelnen Arbeitgebers zu seiner Arbeiterchaft, 3. Beziehungen zwischen dem einzelnen Arbeitgeber und dem einzelnen Arbeiter. Das alles soll in folgendem näher betrachtet werden.

1.

Bei den Beziehungen, die bestehen zwischen der Klasse der Kapitalisten einerseits und der Klasse der Arbeiter andererseits, fällt gleich eine große Gemeinsamkeit des Satzes auf. Beide haben ein übereinstimmendes Interesse an möglichst entsprechender Produktion, an möglichster Entfaltung des produktiven Kräfte des Landes. Damit gegenübert steht der Kapitalist jetzt darauf auf, Geld zu verdienen. Da geht es aber eben auf

den Nutzen hin, um so mehr will, je höher der Dienst zu sein. Allerdings gibt es hier von Ausnahmen. So kann vorkommen, daß nach diversen Einschränkungen der Produktion die Kapitalfamilie eines Unternehmens oder von Unternehmen einer Gewerkschaftsgruppe erobt. Innen sind Ausnahmefälle. Im großen und ganzen besteht bei den Kapitalisten der Wunsch, die Produktion des Betriebes zu erweitern und so größeren Gewinn zu machen. Das gleiche Interesse an der Produktion hat die Arbeiterschaft. Ihr Streben geht u. a. auf hohe Löhne. Dies überzeugt nur deutlich in einem Lande, wo die Produktion blüht, und je mehr die Produktivität blüht, um so mehr sind die Voraussetzungen für hohe Löhne gegeben. Ohne entwidmte Produktivität kein hoher Lohn. Folglich haben die kleinen der Kapitalisten und der Arbeiterschaft ein gleichförmiges Interesse an der Steigerung der Produktivität und an der Erhöhung der Wirtschaftlichkeit, mög das nun durch technische oder durch organisatorische Neuerungen zu erreichen. Jeder vernünftige Mensch muß darum den Schluß ziehen, daß es Pflicht der Arbeiterschaft der Kapitalisten ist, sich nach Kräften gegenwärtig zu unterstützen, wo es gilt, die Produktion zu fördern. Hier ist auch die natürliche Wurzel für die Arbeitergemeinschaft, die die Selbstwirtschaftsverträge auf, kurz für die partitärlisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzten Kollektiven, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenfinden, um sich gemeinsam im Sinne einer Verbesserung des deutschen Wirtschaftslebens zu betätigen.

Eine entwidmte Produktivität kein hoher Lohn. Aber es wäre falsch, zu behaupten, entwidmte Produktivität bedeutet immer hohe Löhne, und damit kommen wir zu dem Gegenteil zwischen den Kollektiven der Kapitalisten und der Arbeiterschaft. Während die Kapitalisten die Gemeinsamkeit des Interesses beider Kollektiven zu übersehen pflegen, siehe die "Gefecht" zwischen Gewerkschaften und gegenüberliegenden Betrieben. Hier zwischen den Kollektiven der Arbeiterschaften die

politisch und ohne Berücksichtigung des Gewerkschaftsvertrages, daß als Gegenstand der Kapitalisten und die Arbeiterschaft ein gleicher Interesse an der Steigerung der Produktion haben, und so fehlt daraus für die Wirtschaft die notwendigen Anstrengungen, die wenige Gewerkschaften und so wenig Gewerkschaften wie es, diese Gegenstöße für unsere gewerkschaftliche Praxis in Rechnung zu stellen.

Über das wegenakzeptant ist bereits angehört worden. Es handelt sich um die Frage der Verteilung des natürlichen Einkommens. Wenn produziert worden ist, erhält sich nämlich die Frage: Welchen Anteil erhalten an dem Erfolg der Produktion die Kapitalisten, d. h. welche der Arbeitnehmer? Für die Arbeiterschaft taucht dieser Streit hauptsächlich in Form der Frage auf: Welchen Lohn bekommen wir? Selbst wenn alle Beteiligten sehr vernünftige Menschen und von keiner Unbill berufen würden, würde es doch jede Reaktion nicht abwehren. Aber es sind nicht alle Menschen Weise und Engel zugleich, und daher werden diese Streitigkeiten sehr beträchtlich sein. Wenn auch bei diesem Streit die Lohnfrage im Verderb und Sieg steht, so kommt doch auch anderes in Betracht: Arbeitszeit, Arbeitsschutz, Abfallabführung, Betriebsausbildung usw. Hierher gehören alle die Dinge, die zur Entwicklung der Gewerkschaften Voraussetzung geben. Aber nicht alle Sache sind so leicht wie z. B. die schon erwähnte Förderung der Produktion.

Wer auch hier noch besteht ein wesentliches Merkmal der Gewerkschaften darin, daß sie bis zu einem gewissen Grade unabhängige sind, d. h. Organe, durch die die Arbeiterschaft ihre Interessen gegenwart zu führen kann. Der entscheidende Bedeutung in die Frage, wie dieser Kampf in Süßigkeit ist. Das ist eine soziale Frage, aber diese soziale Frage steht auch auf dem Gegenstand des Grundlagenkonflikts. Das selbst hat gleich bei der schla-

der Künster berichteten, ist von einer Abhöhung gelämmten. Es gelang, den so gesetzten Strafesprüche einmal von Beurteilung ab zu bringen und eine Müt von der Strafe abzuholen, wonach weiter, in den freien Verhandlungen mit der Verwaltung, die am 14. März stattfinden soll, es auf folgender Grundlage zu

gesollen erhalten vom 1. Januar 1921 ab: unverheiratete Arbeiter über 20 Jahre einen Zuschlag von 10 Pf. für die Arbeitskunde,

verheiratete Arbeiter einen Zuschlag von 5 Pf. für die Arbeitskunde; außerdem soll die in dem Berliner Schiedsgericht festgelegte Familienzulage gewährt werden.

z) sind noch folgende Richtlinien vereinbart worden:

Die Kinderzulage soll gewährt werden bis zum Abschluss des Schuljahres, in dem die Volljährigkeit endet.

In Fällen, in denen auf Grund geistiger, körperlicher Gedanken das Kind auch über die schulische Alter hinaus vom Sohnunterhalt zu unterhalten werden muß, kann die Kinderzulage auf Antrag bis zum 21. Lebensjahr gewährt werden.

hinsichtlich der Frage, wer als verheiratet zu gelten hat, verbleibt es bei den heiligen Verbindungen, wonach vermutlich geschiedene ledige Tute und Arbeitnehmer den verheirateten gleichgestellt werden, wenn sie einen neuen Haushalt führen.

Ein eigener Haushalt liegt vor, wenn bei einer von einer anderen Person dauernd in ihrem Haushalt aufgenommen hat, deren Unterhalt er fahrt oder zum gehörigen Teile bestreift. (vgl. B.L. o. Befl. Nr. 62 vom 12. April 1912).

Staatsgewalt, die wir in diesem Zusammenhang aufzuheben haben. Unser christlichen Grundbegriffe und seinen überlängigen Kampf in dem neuen Kampf um einen Punkt zu vermeiden, der im alten politischen Verhandlung aus dem Auge geschaut werden kann. Damit ist aber der Kampf, den wir um unsere gerechtigkeiten kämpfen werden lassen oder wollen, vielmehr nicht vor mir, daß wir bei allen Kreisfesteinheiten eine Verbindung müssen, die Sache Frieden zu erledigen. Wenn das unmöglich ist, bleibt nichts übrig, als der Auszug im Falle des Kampfes. Hierbei ist Rücksicht zu nehmen, daß das, was oben als gemeinsames Ziel von Kapitalisten und Arbeitern gekennzeichnet worden ist. Soweit wie möglich, müssen diese Kämpfe so ausgezogen werden, daß die Produktion nicht darunter leidet. Das beobachten nicht nur die christlichen Ettengesetze, sondern das erfordert auch unser wirtschaftliches Interesse. Wir dürfen nicht den Tod abschaffen, aus dem wir als Arbeitnehmer sind. Indem wir uns im Kampf so führen, daß die Produktion darunter nicht leidet, wir uns selbst nicht vernichten, die Grundlage unseres eigenen Einkommens gilt insbesondere vom Streit. Zu ihm dürfen wir nur dann schreiten, wenn alle Hände reichen und wenn aus keiner anderen Weise der Sieg unserer wichtigen Interessen möglich ist.

Das E. Leidunis hat sich im Laufe der Jahre mehr nach links geworfen. Wahr haben die neuen Konzepte kaum an Stärke verloren, aber der Charakter des sozialen Zusammenschlusses ist vorbei. Die Konzepte unterscheiden sich nicht mehr in der In die Erziehung, haben sich weit voneinander entfernt. Diese neuen Formen der sozialen Konzepte sind einmal in einem ersten Schritt um die Staatsmacht und dann der Kampf um die Verhandlungsmacht.

Bei dem Kampf um die Staatsmacht wird man jetzt Vorteile an den Politikern haben. Sie sind ja die wahre Fortsetzung der

Einführung von Kinderzulagen bei den Bistumsgemeinden des hess.-nass. Wirtschafts-

verbandes.

Da 1. Richter rechnen die Arbeitgeberorganisationen dem Arbeitgeberverband für die Städte von Hessen und Hessen-Nassau neue Lohnforderungen ein. Am 26. Februar und 10. März jähren die Verhandlungen hierüber statt. Die Vertreter der Städte schließen zunächst eine allgemeine Lohnhöhung rückwärts ab mit der Begründung, daß die Städte nicht mehr in der Lage seien, neue finanzielle Lasten zu tragen. Weiter wurde angeführt, daß seit der letzten 10-prozentigen Lohnhöhung keine weitere Versteuerung der Lebenshaltung zu verzeichnen, vielmehr eine bedeutende Preissenkung eingetreten sei. Nach eingehenden Darlegungen der Gewerkschaftsvertreter und nach Klärung der schwierigen Lebensverhältnisse der Arbeiter, erklären sich die Vertreter der Städte bereit, erneut eine Kinderzulage zu gewähren. Eine allgemeine Erhöhung der Löhne kann aber nicht eintreten. Wenn Kinderzulagen gezahlt werden sollten, müssten die ledigen Arbeitnehmer eine Rückzahlung ihres jetzigen Lohnes hinnehmen. Dieser Vorschlag wurde unverhohlen entschieden abgelehnt. Sollens des Wirtschaftsverbandes wurde dann vorgeschlagen, wir sollten bezügl. der Kinderzulagen neue Forderungen einreichen. Am 26. 2. reichten wir neue Forderungen in Form einer Familienzulage ein. Für alle Personen, die den Arbeitern zu unterhalten verpflichtet ist, sollten die Zulagen gewährt werden. Voraussetzung war, daß die ersten 3 unterhaltpflichtigen Personen pro Person und Arbeitskunde 25 Pf. für die zweite und jede weitere Person 20 Pf. für Kinder sollte die Zulage gezahlt werden bis zum 14. Lebensjahr und weiter für die Zeit der Erziehung eines Kindeswerks.

Staatsgewalt durch das Proletariat. Über neben der politischen Gewaltung der Staatsmacht gehört auch die bloße Einflussnahme auf die Staatsgewalt, insbesondere auf die Erziehung, hierzu. Vor dem Kriege lebte der sozialen Arbeiterschaft solcher Einfluss nahm. Dagegen waren die Kapitalisten sehr bewußt, die soziale Macht in ihr Schleppack zu nehmen. Man verstand es, durch Ausnutzung persönlicher Beziehungen tatsächlich vieles in dieser Richtung zu erreichen. Im Kriege machte sich zum erstenmal der Einfluß der deutschen Arbeiterschaft auf den Staat bemerkbar, und nach der Revolution änderte sich die Lage vollkommen. Unter sozialistischen Bedingungen ist demokratisiert worden. Diesem Umstande haben die Kapitalisten in überaus geschickter Weise ihre Kampfsmittel angepaßt. Der Weg der persönlichen Beziehungen führt nicht nur noch verhältnismäßig leicht zum Ziel. Der Punkt, an dem jetzt ankommt, war, was die öffentliche Meinung. Der Kampf zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern ist zum guten Teil ein Kampf um die öffentliche Meinung geworden. Wer die öffentliche Meinung für sich hat, der hat Einfluss im Staat, der kann vor allem auf die Gesetzgebung einen Druck ausüben. Zur öffentlichen Meinung gelangt man aber durch das Tor der Presse, insbesondere der Tageszeitung. Aussicht alter Zeitungsunternehmungen und Gründung neuer durch Kapitalisten sind daher ganz und gäbe. Kollege Reichespostminister Giesberts hat nach einem Bericht des Tremoulin auf der Düsseldorfer Tagung des Augustinusvereins im Mai 1920 mitgeteilt, daß der Erzbischof von Köln bereits 64 deutsche Zeitungen und 1000 Zeitungsschriften aufgestellt habe. Unter den von Städten angekauften Zeitungen befindet sich ebenfalls auch das frühere soziale Regierungssorgane, die Deutsche Allgemeine Zeitung. Das ist ein für die Arbeiterschaft sehr gefährlicher Zustand. Betrachtet man die Dinge in diesem großen Rahmen, so erkennt man, welche Bedeutung es hat, daß die christliche Arbeiterschaft dominanziell eine eigene Tageszeitung herausgeben wird und daß sie überhaupt keinen Einfluss auf dem Gebiete der Politik gewinnen zu wollen.

Bei diesen Forderungen wurde um zu siebzehn, aber auch diese Forderungen wurden als unzureichend vom Wirtschaftsverband abgelehnt und nur eine Kinderzulage von 15 Pf. für die drei ersten Kinder und 10 Pf. für alle weiteren Kinder vorgeschlagen. Nach längeren Verhandlungen wurde dann auf folgender Basis eine Einigung erzielt durch Annahme folgenden Zusatzes zum Wirtschaftsvertrag vom 21. Juni 1920 nahe Hochtag vom 29. September bis 8 November 1920.

Zu den festgelegten Löhnen wird eine Kinderzulage in folgender Weise gewährt:

Die Kinderzulage wird für sämtliche Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahre gewährt und weiterhin den Kindern bis zum 21. Lebensjahr, soweit sie infolge geistiger oder körperlicher Seelen vom Lohnempfänger unterhalten werden müssen.

Die Kinderzulage beträgt für die ersten drei unterhaltpflichtigen Kinder je 20 Pf. für die Stunde, für jeden weiteren Kind 15 Pf.

Die Kinderzulage steht mit dem 1. Februar 1921 in Kraft.

Kollwirtschaftliches und Soziales.

Neue Wege der Selbsthilfe durch die Gemeinschaften.

Leistung und Arbeitsmangel erheben in diesen abnormalen Zeiten auch andere Wege der Arbeit als die bisherigen gewerkschaftlichen Mittel. Bahnsteigerungen allein können die Städte, die das rasche Sinken der Kaufkraft nicht mehr ausfüllen, besonders nicht bei teilweise oder gänzlicher Arbeitslosigkeit. Gelehrte zur Zeit noch ein ergänzendes, anders geartetes Eingriff. Das erkennen die Gewerkschaften aller Richtungen. Von den Maßnahmen, die sie aus dem Weltkrieg noch bestimmt haben, kann als eine großzügigere dieser Art die Gründung der

Zeitung herausgedenkt wird und daß sie überhaupt beginnen könnten ihren Einfluss auf dem Gebiete der Politik gewinnen zu wollen.

Nebenher muß nun der Kampf an Verhandlungsmöglichkeiten. Es spielt hier in vorliegender Weise, ob in den Wirtschaftsverbänden, vor den Bildungsgemeinschaften, vor den Gewerkschaften usw. Bei dieser Art des sozialen Kampfes kommt es hauptsächlich auf weise Lieberlegenheit an. In der Regel liegt, was die größte geistige Gewandtheit und die härtesten Herzen besitzt. Wie dürfen uns nicht verheulen, daß insgesamt die Arbeiterschaft oft in einer ungünstigen Lage ist. Der Arbeitgeber tritt auf, umgeben von einem ganzen Stade geschulter und hochbeschulter Soldaten. Da bringt es einen Diplomaten mit, einen gewandten Juristen, einen Statistiker, der eine wahre Fülle von Zahlen mit sich schleppen, einen höheren Kaufmännischen Angestellten usw. Wie soll demgegenüber der Arbeitgeber sich durchsetzen? Wenn er nicht von vornherein keine Ruhe verliert, so liegt nahe, daß er an das soziale Empathie des Arbeitgebers appelliert, von verschier Menschenwirke redet und vergleichend mehr. Das ist schwer und gut; aber damit kommt man im sozialen Kampf nicht weiter. Verliert man sich auf solche Methoden, so ergeht es den deutschen Arbeitern genauso den Kapitalisten ähnlich, wie es den deutschen Diplomaten beim Verhandeln mit der Entente ergangen ist. Den Wert des sozialen Wahlens und des Idealismus überhaupt wollen wir keineswegs unterschätzen. Indessen geben bei solchen Gelegenheiten tatsächlich oft andere Dinge den Ausdruck. Man muß mit dem Schwergewicht des Tatsachen auseinander setzen. Man muß dem Verhandlungsgegner handeln nachwachsen können, daß die soziale Gleichheitsstrafe ja und nicht so auszuüben ist. Man muß sozialistisches Wahlmaterial zur Stelle haben. Auch, es kommt nicht auf große Worte an, sondern darauf, daß man in sachlicher Weise den Gründen des Gegners Gegenwände gegenüberstellt. So wie dem Arbeitgeber zu kämpfen ist

Warenversorgungsstelle Reichs-
Gewerkschaften bezeichnet werden. Ein
Ihr sind der Gesamtverband der Deutschen Ge-
werkschaften, der Gesamtverband
der Beamten- und Staatsangestelltengewerk-
schaften, der Allgemeine Deutsche Gewerkschafts-
bund, der Deutsche Meistersbund und neuer-
dings eine in den Industrien neuerrichtete,
eine beteiligt. Ihr Ziel ist: Verbilligung der
Betriebsförderung, sowie Hebung und Stabilisie-
rung der Produktion in der Textil- und
Schuhindustrie. Hierbei steht ihr durch das
Entgegengesetzte der Reichsminister Dr.
Braun und Dr. Wirth aus den Mitteln der
produktiven Großbetriebsfürsorge ein erheb-
licher Reichskredit zur Verfügung. Bedingungs-
gemäß sind die auf diesen Kredit gelauteten
Waren bis zu ihrer Verzahlung Eigentum des
Reichs. Preisliste werden im Sinne der Ver-
einbarungen des Reichsarbeitsministeriums vom
10. 4. 29 bis zur Höhe der erwarteten Erwerbs-
lohnuntergrenze begrenzt bis zum eingeräumten
Kreditrahmen und durch Deckung aus ange-
kündigten Rekretionsfonds ausgeglichen. Der
Reichs ist sowohl beauftragt mit der Prüfung
zu verhindern, wogegen die erfährt Gewerbe-
schaften unterstellt, lösse sie nicht schon im an-
jährigen Sinne herangezogen ist, vorrechnet
wird. — Naturngemäß ist der Charakter des
Unternehmens gemeinsam und als solcher ges-
währleistet durch entsprechende Fortsetzung Ein-
kontrollausschuss bestehend aus Vertretern der
Gewerkschaften, die teilweise Gewerkschaften
haben der Betriebe, ihm auch ein Sachwalter
des Reichs, der Vorsitz des Reichsamt für
Arbeitsvermittlung, Dr. Grun, angehört. Über-
nommen schließlich die Verträge von Mietträgen,
die Ausübung von Kommissionserträgen, die
organische Regierung und Durchführung des
Warenversorgungssystems. Der Vertreter des
Reichs hat neben den Befugnissen des Kon-

reinenheitsausschusses Eintrittserlaubnis hinsichtlich der
Industriefabriken und Unternehmen, die bei
Ausstragessitzungen berücksichtigt werden, damit
der Arbeitslosigkeit möglichst Einhalt gesetzt
wird. Somit hinsichtlich der Kostenvergütung,
die der Warenversorgungsstelle bewilligt wer-
den. Außer der Industrie sollen auch handwerk-
liche Betriebshäfen und Produktionsgenossen-
schaften der Arbeitnehmer Verübungszugang fin-
den, um auch dieser Sicherheit zu vermit-
teln. — Kurz: die Warenversorgungsstelle bildet
ein Instrument von nicht zu unterschätzender
wirtschaftlicher Bedeutung. Sie geht in der
Warenverteilung den geraden Weg vom Er-
zeuger zum Verbraucher, schafft somit wesentliche Zwischen gewinne aus,
um den großen, heute lebendigen Ver-
brauch zu decken. — Man denkt an die
vielen Millionen Verbraucher, die die Gewer-
kschaften zu verkörpern vermögen und an die
sich daraus ergebende Möglichkeit einer Ein-
flussnahme auf Preis und Produktion durch Er-
stellung umfangreicher Aufträge an die von Ar-
beitslosigkeit betroffenen oder bedrohten Wei-
tere. — Es kann kaum allen Gewerkschaften
durchaus empfohlen werden, dieses zeitige
markante Merkmal durch rege Beteiligung zu fördern. Jeder Mitarbeiter dient sich leicht und
den Kollegen. — Zur praktischen Auswirkung
der guten Sache hat der Gesamtverband der
Deutschen Gewerkschaften Deutschlands mit dem
Reichsverband deutscher Konsumvereine, Düssel-
dorf Reichs, ein Abkommen getroffen, wonach
legierte Übersatzt darf, so er Verkaufsstellen
unterhält, die Gestaltung der Waren, Farbe und
Unterbefleidung, Stärke, Größe und Güte an
die Mitglieder der Gewerkschaften und Kon-
sumvereine nach Angehörigen auf Wunsch des
Dienst- und Betriebsstellen übernimmt. Ob
seine Konsumvereine unserer Richtung gehören
können die Ratschläge oder Gewerbeverbände, und wo-

losche nicht vorhanden, die Ortsgemeinde
zu einer Auskunft veranlassen. In diesen Fällen mu-
sinnigst ein Vertrauensmann als verantwo-
rlicher Vorsteher ernannt werden. Den Ver-
handlungen wird eine Unstimmigkeit in
eines wichtigen Spezialfach's angebührt. Doch
genau ist es, daß die Ratschläge, Fachverbände
oder Ortsgruppen in den Reihen ihrer
gliederten Einzelbestellungen sammeln und in
Grund bertheile eine Sammelbestellung, aus-
führlich an Hand der Preisliste an die Genial-
weitergeben. Diese tritt dann Sorge für ordre-
liche Ausführung. — Schon jetzt ist die Waren-
versorgungsstelle ein Werk von starkem
Fange: der Tagesumsatz beträgt zur Zeit
200 000 R. Nach Voge der wirtschaftlichen
Hälfte steht ihr jedoch eine noch viel größere
Ausdehnung bevor. — Alle Freunde für
Recht, Gewerkschaften, Freiheit, Gewerkschaft
Deutschlands, Warenversorgung, Berlin L
Burgstr. 7, III.

Arbeiterbewegung.

Unter einer Tagesschrift.

Um 1. April wird die erste Nummer und
nach Tagesschrift "Der Deutsche" erscheint.
Sie wird bis zuletzt gegen den kapitalisti-
schen und bürgerlichen Zeitgeist gegen die Verhältnisse
der deutschen Arbeiterlichkeit durch die Chir-
eintritt für die Erneuerung des sozialen
nationalen Geburten, für den wahrschaf-
ten und sozialen Nationalstaat. In der
Ortsgruppe darf diese Geltung fehlen.

Den zweiten Gewalten kommt die Zeitung
unbequem zu werden, nachdem sie erscheint
in einer Röhr; in der roten Tagesschrift wird sie
dem vorher kurz die Verteilung von der Gal-
dung gemacht wird, bemerkt, "die Zeitung zu
ein mehr oder weniger verfaßtes Organ

nicht übermanns Stärke. Um aber in kleinen
Kämpfen zu leben zu können, muss es einer
Kampfgruppe eines Sektions des Röhr.
Die kleinen Kämpe sind heute nicht mehr
Sachen eines Mannes, sondern eines Mannes
in Kämpfen und geistigen Missionen geworden.
Für die Arbeitlichkeit bedeutet daher jetzt mehr
denn je Führung. Je mehr die Arbeit-
lichkeit selbst unverstellt will, so mehr ist sie am-
mehr ihre materielle Lage zu leben. So erken-
nen wir, daß die Bildungsfrage für die Zukunft
eine Leidenschaft der Gewerkschaften ist. Wenn
die deutsche Arbeiterbewegung allen sozialen
Gütern nachwill, so muss sie ihr Arbeiten an
seinen Materialien erheblich verstärken. Wie das
zu gewinnen ist, das ist eine durch welche Un-
tersuchung zu tun ist, wie andere politische Rettung
die wichtigste Kämpfe vervollkommen und
vorausmaßbar ausgestalten.

Schließlich ist anzumerken, daß der soziale
Kampf auch in der Weise geführt wird, daß man
den Kapital einen Teil ihrer Macht zu
nehmen sieht, indem man zur Selbsthilfe schrei-
tet. Man sieht auf dem Bereich des Kapitalo-
mgs ein und kommt Produktion und Handel in
eigene Hände. Zu dieser Hinsicht haben die Kon-
sumvereine der Arbeiterchaft sehr geschaffte
Dienste geleistet. Ein weiteres Stütz dieses Wer-
kes sind die Raiffeisenbanken und die Bon-
itätsbanken, welche wir sind, im Per-
griff. Den Kern des Kapitalismus zulassen,
doch die Macht, was die Form für das Ma-
terial und das sind die Kunden, die wir sozial
hilfende Banken haben. Ist es von der sozialen
Raiffeisen, so ist es ohne Zweck, auf den Cap-
italisten, obgleich sie möglichst eine eigene Form
ins Leben zu rufen.

Endlich über die Weisungen der Kloppen der
Kapitalisten und Qualität.

12.

Außerdem gibt es Weisungen großten dem
eingetragenen Lehrbücher und seiner Abteilungen

mit dem vereinzelten Fleischrat oder einem
strukturellen Kreislauf wird der gut organisierte
Arbeitsplatz baldzeitig werden.

III.

Was ferner die Beziehungen zu einzelnen
Betriebsräten zu bemerkten Arbeitern ange-
ht, grundsätzlich nichts zu sagen. Doch
wie herauszufinden, welche Gruppen
Arbeiterväter so soon auch ein einzelner Arbeit-
erarbeiter. Wenn die Arbeiterschaft nie
herrschen will, dann muß je Disziplin ha-
ben. Es ist vorausgesetzt, daß Arbeiterväter erkläre-
re, würden unter dem Disziplin arbeiten, ihren
Arbeiterväter keiner Konkurrenz machen, um
sofort die Arbeiterschaft der Arbeiterväter zu
beschützen. Solche Völker sind bekannt
Arbeiterväter, die die Spartenvertreter. Solche
Völker, die leicht ihr Grab. Sie werden zu
Anfangszeit ihres eigenen Politik zugewor-
den. Ein altes deutsches Sprichwort sagt:
"Nicht will delchen, auch weinen". Das
heißt, wenn Arbeiterväter der Arbeiterväter
des Eigentumes am Boden verdrängt, der ist
am Boden des Reichs bestreitet. Ebenso ist
nicht Röhrer der Gewerbehalter nicht
Ihr fernsieht, oder der nicht Disziplin-hält. We-
ile Organisierung aller Arbeiterväter und Gewer-
behalter-Völker, der für Disziplin ist erforderlich,
mit der Röhrer nicht nach den türkischen gleich.

Das ist ein Überblick über die Beziehungen
zwischen Kapital und Arbeitervater. Wenn
die Röhrer ist, ist der Röhrer nicht
arbeiterväter erheben. Nur haben wir
noch nicht, leicht machen wir manche, das ist
nicht leicht, aber nur leicht machen, und
bei Vögeln aus röhr, aber die Verhältnisse
Militär und anderen und so fortlaufend zu
machten.

Besteuerung der deutschen Gewerkschaften

hatten lebt". Darin wird die Menschenwertschätzung auch deutlich, doch die Wirkung auch gelegentlich mal gründlich in roten Partei- und Gewerkschaftskämpfen hineinschlief.

Die radikalen Kämpfen als Drabedinger. Im nächsten (roten) Metallarbeiterverband reicher Tage dieser Streiks die Beiträge nicht mehr erzielte, so dass man am 1. VII. wieder eine Beitragsentziehung wurden 310 000 Gulden vereinbart, davon 207 000 f. 9 c. und 103 000 gegen Erhöhung, bis also durchging. In der vergangenen Berlin, deren Mitglieder bekanntlich in meisten Städten, wurden aber nur 8 600 Gulden für Erhöhung und 11 900 dagegen abgezehnt. Dazu schreibt nun das Korrespondat der freien Gewerkschaften: "Berlin hat sie mit den eigenen Mitteln ausformen wollen, sondern mußte Hilfe von den kleinen Gewerkschaften angeholt werden. Radikal und leider hohe Beiträge zahlen sind selten Tage, die sich miteinander vereinbarten lassen." Deutlich steht die gewerkschaftliche Orientierung der Radikalfaction im umgekehrten Verhältnis zu ihrem großen Staatsbürokratium. Mit außerhalb Berlins vielleicht anders? Ja, es kommen ähnliche Szenen wie in den freien Gewerkschaften werden es schon der Gewerkschaftsleitung zeigen, wie gearbeitet werden muss. Unser Verteilung ist nur, wie es noch örtliche Leiter und Angestellte geben kann, die durch die Möglichkeit in den freien Gewerkschaften Schreibungen der Kommunisten nach unterscheiden.

Die Funktionen an der Arbeit. In Mittelstand und Handwerk ist es leider wieder zu wenigen Rüttelungen gekommen. Von einem sozialen Aufbau hat derzeit keine Anwendung auf die Gewerkschaften geben können. Zwischen der Organisationsarbeit und dem aufzubauenden Gewerkschaften müssen schwierige Auseinandersetzungen entstehen. Derartige Verteilungen um selbst Tugend verhindern werden, dass nicht die Gewerkschaften durch die Arbeitlichkeit zum Gewerkschaftskampf ausgetragen werden, ohne jedoch diese verschaffen.

Die lange Zeit hat die heutige Arbeiterschaft in derart diesen Verteilungsgeschäftsberufen noch ge-

Wissen. Die Gewerkschaften in den freien Gewerken zeigt es an. Weise Ausstände, Verantwortlichkeit der verantwortlichen Gewerkschaften und die anderen. Und von da bis zum Gewerkschaftskampf ist noch ein Weile. Daher die Radikale zu Minsk weiteren und auf. Es ist ein Teil der vertraglichen Beurteilung der Arbeitnehmer vorerst. Aber, Gleichheit ist kein Prinzip in die Schule zu bringen kommt der Tag, wo ich die Arbeitnehmer auf diesem Prinzip ansetzt und die zur Wehr steht. Soll dieser Verstand auf derart gehalten werden, dann heißt es: "Vorherige Prinzipien".

Dann gelingt aber sicher allen Unständen zu entgehen. Wenn ich es umfassend der Verteilung der Gewerkschaften übertragen habe. Der Gewerkschaften im Landesverbandes in die Konferenz der Vertragsparteien des sozialen Gewerkschaften in Landesverbänden unter hinzuweisen, so kann dies nicht mehr sein. Ich kann es nicht mehr bestimmen, was heute schon machen, wie eine rechtssicherndig neue ganz neue anerkannte Regierung ist. Das kann sich nicht mehr auf die Gewerkschaften aufstellen.

Den radikalen Gewerken gegenüber den Mann zu stellen. Was es nicht beschämend, wenn Arbeitnehmer in Arbeitnehmer der heutigen Lage des deutschen Volkes unmittelbar vor der feindlichen Besetzung das heutige Schauspiel dienten, mit einleitendem Spiel, das endete. Werktäten und Fabrikarbeiter hinzutreten, um die Leute zu verunsichern, ebenfalls die Arbeit niedergzulegen. Fragt man, warum sie streiken, dann müssen es die Leute selbst nicht. Ist denn die vernünftig denkende Arbeiterschaft so viel gesunken, dass sie auf jedem Terror fügt? Denken denn diese Leute nicht daran, welches Elend über ihre Familie kommt, wenn sie wochenlang auf der Straße liegen? Sie wilden Furcht, wie sie heute von den Syndikalisten und Radikalisten herbesgesucht werden, werden von den Gewerkschaften nicht unterstützt. Die Leute bekommen natürlich keine Unterstützung. Es ist ein Frevel, so groß, wie ich ihn mir gar nicht vorstellen kann, dass ein Familienvater so bewusst Frau und Kinder dem Hunger und dem Elend preisgeben kann. Und wenn doch noch so viel Männer zusammenleben, wie heute hier im Saale, dann müssen die ausscheiden, um dort den Weg zu bahnen in die Wirtschaft, wo man ohne Urlaube herausgezogen ist. Es muss aufhören, dass, wenn irgendwo ein radikaler Tag, Verteilung Brandenbrett hält, dann auch nicht einer den Blutbadet, dem entgegensteht, sonst nützt alles Mögliche nichts. Der Arbeitermann hat an einer Stelle zu zeigen, was er will, nicht bloß in der Rednung der Revolution, sondern auch in der Versetzung seiner Arbeit. Und daher das Unternehmen die Arbeiterschaft wiederzurütteln, wie früher gehörte wurde, kann und es heute die wilde Betriebskasse, die die Freiheit und die Rechte der Arbeiterschaft mit Augen kreuzen. Wir müssen solchen Frevel nicht mit den Bildern unterem Wasserstande unserer Familie und nicht zulast auch unserer Oberhäupter.

Der Hauptverstand gewinnt die Wirkung nur aus der christlichen Arbeiterschaft sammeln, nicht sie so zu, die noch über die mittleren kritischen Stufen heraufliegt. Männer mit großer gegenüber diesen Verbrechen Gewissensbisse, darüber ernstlich Ernst. Die ehrlich denkende, ehrliche Arbeiterschaft wird uns dabei dabei dabei.

Aus den Ortsgruppen.

Moskau. Am 13. März fand unsere Monatsversammlung statt. Nach den eintreffenden Worten des I. Vorstandes übertrug er dem Generalsekretär die Aufgabe, die Konferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes einzuberufen. Hierzu erklärte er die neu gewählten neue Geschäftsführung. Eine kleine Rede auf Freiherrn von Schleinitz folgte, jenseits die vielen Delegationsreden, die jetzt beim Vorstande eingesprungen. Der Vorstand musste dann noch bekannt, ob weitere Zusammensetzungen bei den Vertreternvereinigungen eingegangen würden. Hierzu erklärte der Kollege Schröder Bericht über Zusammenfassung und Zusammenhang. Sämtliche anwesenden Kollegen erklärten sich mit dem Vorgetragenen einverstanden.

Die Versammlung beschloß sowohl einem Antrage des Kollegen Seegers gemäß die Verteilung der die Vertragsparteien auf 5.31 für jede verlorne Vertragsparte zu tunneien, Einschüsse und Kellerei erhalten für 1932 besondere Auslagen. So der Vorstand erfüllte. Der Vorstand teilte der Versammlung mit, dass die Abgeordneten am 1. April für die Wahl der Arbeiter in Kreis-, Land und Bezirk den Kollegen die einzige Karte klar. Nochmals erklärte der Verbandssekretär Kollege Schröder das Wort zur Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie. Er wies mit klaren Worten nach, dass die Sozialdemokratie für den gewerkschaftlichen Bereich ein Futter ist und unmöglichkeit ist. Er forderte alle auf, auch den Ligen Kollegen und die übrige Käfige dem gewerkschaftlichen Verbände anzuhören.

Frankfurt (Oder). Am 23. 2. fand unter der Gewerkschaftsleitung statt. Der Vorstand der Gewerkschaften und seitens der Gewerkschaften der Gewerkschaften unterhielt eine Konferenz der Gewerkschaften des sozialen Gewerkschaften in Landesverbänden unter hinzuweisen, so kann dies nicht mehr sein. Ich kann es nicht mehr bestimmen, was heute schon machen, wie eine rechtssicherndig neue ganz neue anerkannte Regierung ist. Das kann sich nicht mehr auf die Gewerkschaften aufstellen.

Bei Tarifverhandlungen wurde unsere Ortsgruppe im Februar 1920 durch Kollegen Max Schottel vom sozialen Gewerkschaftsverband vertreten und zwar mit dem Erfolg von 75 Proz. Lohnsteigerung. Im Juli 1920 traten wir erneut in eine Tarifverhandlung; bei den darauf fortgesetzten Verhandlungen wurde unsere Ortsgruppe durch unsern Vertragsleiter Kollegen Schottel vertreten, mit erheblicher Lohnsteigerung von 50. Pf. pro Stunde.

Im November 1920 erzielten wir auf die von Kollegen Walther eingereichten Anträge, besonders C. W. Lohnerhöhung. Da Gruppe einer außerordentlichen Lohnsteigerung wurde auf Antrag unserer Ortsgruppe eine außerordentliche Lohnsteigerung für Vertragsarbeiter 400 Pf. für Belegschaft über 20 Jahren 300 Pf. und unter 20 Jahren 190 Pf. erhöht. Den Kostenbericht erzielte Kollege Dr. Pappotza. Die Einnahmen der Firma Jahre betrugen 12.7.55. Pf. die Ausgaben 11.7.55. Pf. jedoch 3102.20 Pf. in das an die Hauptkasse abgeführt werden konnten. Die Hauptkasse zeigte an Einnahmen 922.25 Pf. Ausgaben 856.95 Pf. und einen Renditeaufwand von 188.30 Pf. Es wurde Giovanni zur Vorstandswahl gewählt. Gewählt wurde als 1. Vorstandender Dr. Pappotza, als 2. Vorstandender Jacob Schmidtsch, als 1. Käffiger Joh. Pappotza, als 2. Käffiger Edmund, als 1. Schriftführer Thon, als 2. Schriftführer Simons. Bei den Strukturbargänen wurde als Beauftragtermann Dr. Dr. Probst gewählt. Der Vorstand forderte absonderlich in beider Bitten die Mitglieder zur Wahl des Vertreters der Gewerkschaften auf.

Unmöglich ergriff Kollege Leonhardt vom sozialen Gewerkschaftsverband, welcher zusammen mit dem Gewerkschaftssekretär war, das Wort zu seinem Vortrage über Christliche Gewerkschaften und dem Christentum. Mit gespannter Haltung lauschten die Kollegen den mit großer Freude gesprochenen Aussprachen und füllten mit derartigem Beifall, dass die Kollegen mit großer Spannung eingeschritten waren.

In der darauf folgenden Sitzung wurde von allen Seiten das Vertrauen wiedergewonnen, mit allen Kräften für die Errichtung der Ortsgruppe einzutreten, nicht in die Größe der Lohnsteigerungen aus der guten und wahren Gewerkschaftsarbeit in verantwortung sind. Mit dem gewerkschaftlichen Verbande einerseits alle und alle für einen Wohl des Vorwärts die Unpolitische Verhandlung.

Ukraine. Am 13. März fand unsere Monatsversammlung statt. Nach den eintreffenden Worten des I. Vorstandes übertrug er dem Generalsekretär die Aufgabe, die Konferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes einzuberufen. Hierzu erklärte er die neu gewählten neue Geschäftsführung. Eine kleine Rede auf Freiherrn von Schleinitz folgte, jenseits die vielen Delegationsreden, die jetzt beim Vorstande eingesprungen. Der Vorstand musste dann noch bekannt, ob weitere Zusammensetzungen bei den Vertreternvereinigungen eingegangen würden. Hierzu erklärte der Kollege Schröder Bericht über Zusammenfassung und Zusammenhang. Sämtliche anwesenden Kollegen erklärten sich mit dem Vorgetragenen einverstanden.

Die Versammlung beschloß sowohl einem Antrage des Kollegen Seegers gemäß die Verteilung der die Vertragsparteien auf 5.31 für jede verlorne Vertragsparte zu tunneien, Einschüsse und Kellerei erhalten für 1932 besondere Auslagen. So der Vorstand erfüllte. Der Vorstand teilte der Versammlung mit, dass die Abgeordneten am 1. April für die Wahl der Arbeiter in Kreis-, Land und Bezirk den Kollegen die einzige Karte klar. Nochmals erklärte der Verbandssekretär Kollege Schröder das Wort zur Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie. Er wies mit klaren Worten nach, dass die Sozialdemokratie für den gewerkschaftlichen Bereich ein Futter ist und unmöglichkeit ist. Er forderte alle auf, auch den Ligen Kollegen und die übrige Käfige dem gewerkschaftlichen Verbände anzuhören.

Danzig. Am 23. Februar fand die Versammlung statt. Der sozialen Gewerkschaften unterhielt eine Konferenz der Gewerkschaften des sozialen Gewerkschaften in Landesverbänden unter hinzuweisen, so kann dies nicht mehr sein. Ich kann es nicht mehr bestimmen, was heute schon machen, wie eine rechtssicherndig neue ganz neue anerkannte Regierung ist. Das kann sich nicht mehr auf die Gewerkschaften aufstellen.

zur eifrigen Mitarbeit im Interesse des Gewerkschaftsbewegung aufgefordert, beschloß eine lebhafte Diskussion über die im neuen Geschäftsjahr uns gestellten Aufgaben die Versammlung.

Hannover. (Straßenbahner.) Am 12. März fand eine Versammlung der Sektion Straßenbahner statt. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Rienhoff gewählt. Alsdann hielt Kollege Stahl einen Vortrag: „Warum christliche Straßenbahngesellschaft?“ Ausgehend von der Notwendigkeit des Zusammengehörigkeits der Arbeiter in den gewerkschaftlichen Organisationen und deren Einigung wurde die Gründung besonderer christlicher Organisationen zur zwingenden Notwendigkeit, als die sogenannten „Kirchen“. Gewerkschaften sich offen als Feinde des Christentums erwiesen. Alle Verdächtigungen, die von jüdischen Gegnern gegen uns ausgetrochen wurden, zeugen entweder von Dummkopf, gepaart mit Fack oder sind das Produkt von Euge und Ungehorsamkeit. Der Sozialist Weerstedt urteilte über unsere Bewegung Nr. 585 (1919) im „Vorwärts“ wie folgt: „Politische Gleichberechtigung, gerechte Verteilung der materiellen Güter usw., wollen auch sie, auch sie wollen keinen Endes wohl den sozialistischen Gewerkschaftsbund, doch auf dem Wege, der zu ihm führt, wollen sie nicht auf die Religion und auf die Ethik des Christentums verzichten. Von seiten der meisten sozialistischen Führer hat man allerdings nicht den Mut, dies einzugeben. Heute verfasste zwei Briefe, in denen Beamte des Transportarbeiterverbandes sich für dagegen wenden, daß man den Transportarbeiterverband als einen sozialistischen Verband bezeichnete. Abgesehen von vielem Beweismaterial wird daselbe ergänzt durch den Artikel im Courier vom 5. April d. J., welcher mit der Niederdrückt der sozialistischen Proletarier geht nicht solaten.“ Man sieht daher auch auf der Gegenseite den Mut finden, etwas leidenschaftliche Behauptung zu bestreiten, was ich ebensoviel wie mir auf Mitleid und deren Beileid zu inclinieren und sie nachher bzw. ihre Anschauungen zu bekämpfen und zu vertheidigen. In der Diskussion wurden noch verschiedene Punkte aus dem Vortrag besprochen. Im weiteren Bericht der Versammlung wurde die Frage des Hochhauses behandelt. Sollte Stahl befürchte, daß man sich hier streng auf den Standpunkt des Kreises stellen müsse und deshalb die Meinung der Direktion erst mal abhören und danach weiter zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Nachdem vom persönlichen Wunsche bezüglich der Planfeststellung auf Konsens gekommen, wurde die Versammlung geschlossen. Die nächste Versammlung ist am 7. April, abends 9 Uhr, Steinmühlstraße 2, auf uns angetreten. Bringt jeder einen Beitrag angenommen mit.

Kaiserslautern. „Nur die Einigkeit des Proletariats kann uns retten.“ So lautet es dauernd aus dem Blättermal der 10. und 100. freigewerkschaftlichen Zeitungen. Wie diese Einigkeit in der Praxis aussieht, darin liefern die Herren Arbeitervierteler der USZ. in täglich neue eklagende Beispiele. Auch die Anhänger der sozialistischen Straßenbahn sollten die Krüppel der Einigkeit erlangt am eigenen Leibe erfahren. Bei der Straßenbahn hatten verschiedene Kollegen den Mut entsprechend ihrer Überzeugung auf dem christlichen Verbande anzusiedeln. Darauf ein Sturm im Wasser Glas. Nun hat der Vertreter der Christen auch noch die Freiheit, für die Kollegen Verhandlung zwecks Abfindung verschiedener Missstände zu beanspruchen. Das war natürlich zuviel für die „Freiheitshelden“. Was macht man also? Der hochwahrschöpfbare Vorstand der USZ bestellt dem Obermann unter keinen Umständen an diesen Verhandlungen mit den „christlichen“ teilzunehmen. Es muß doch wahrlich sehr schlecht um eine Organisation bestellt sein, wenn man zu herzlosen Mitteln greifen muß. Nun, wie können den Herren verrechnen, daß die Interessen der kleinen Straßenbahner aus vertreten werden, ohne daß wir die Zustimmung der Herren von der USZ uns vorher einholen. Den Straßenbahnern möchten wir aber den Vorschlag machen, endlich einmal zu überlegen, wo ihre Interessen tatsächlich vertreten werden, wo man christliche Gewerkschaftsarbeit liiert, ohne alles fälschlich in christliche Phrasen zu verstecken. Den Kollegen, die einmal richtig über die Sachen reden will, kann die Beschuldigung einerseits fallen,

„Wir sind Neu-Ulm.“ Am 5. und 6. März fanden Versammlungen statt. Erstere für Straßenbahner, letztere für Gemeindearbeiter der beiden Städte. Sekretär Gundlach aus Ulm sprach über die gegenwärtige Lage in der christlichen Arbeiterbewegung. In der zweiten Versammlung referierte H. Gatterer, Stadtrat von Neu-Ulm, über die Londoner Konferenz und ihre Schattenseiten für die deutschen Arbeiter. Auch gab er für die bevorstehende Betriebsratswahl praktische Worte. Vorsitzender Kollege Stöder gab sehr interessante Richtlinien für die Zukunft. Das christliche Gewerkschaftsbund Ulm, Neu-Ulm und Umgebung hat die Wirtschaft zum goldenen Zeitalter erneut. Al, als Verkehrssofa für die christliche Gewerkschaften erworden. Auf die neue Tagessitzung wurde hingewiesen. Weiter beprach er die Technische Notizie. Weiter gab er Mitteilung von dem Krankenheim in Wildbad, welches von der württembergischen Invalidenversicherung erworben wurde. Das Hotel hat eine Männer- und Frauenabteilung und kann 80 Besucher aufnehmen. Es ist geöffnet von Ende April bis Mitte Oktober. Die Aufnahme erfolgt hauptsächlich bei kleinen und Mittelschleummers, Asylas und Gicht. Für die Frauen dauert die Kur 28 Tage, für Männer 24 Tage. Den Patienten ist daher dringend zu empfehlen, ihre Gefühle festzuhalten, aber nicht sobold als möglich einzutreten. Anfang und Ende die zähnekrankende Krankenfälle zu stellen, die dann das weitere veranlassen wird.

Trier. Am 25. Februar hielten wir unsere Generalversammlung ab. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und gab einen kurzen Überblick über die Tätigkeit unseres Verbandes im vergangenen Jahre. Gitterer soll festgestellt werden, daß der Verband die Interessen seiner Mitglieder in recht energetischer Weise vertreten hat. Ganz besonders hat sich unser Verband für die Gründung des Reichsmanttarbeitsrates eingesetzt. Hierdurch war es für die Gemeindearbeiter und Straßenbahner der Stadt Trier möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie weitreichende soziale Verbesserungen zu erhalten. Es hat sich nun bis heute davon gezeigt, daß der Weg unseres Verbandes der einzige richtige war und kann. Die Trierer nicht Arbeiter und Straßenbahner die Leute achten, das der Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands für sie die einzige Organisation ist, welche die Interessen der Arbeiterschaft voll und ganz vertritt. Aus der Nacht d. 2. Februar gingen folgende Kollegen herau: 1. Vorsitzender 1. Beauftragter, 2. Beauftragter, 3. Kassenwart, 4. Kassierer, 5. Post 2. Kassierer, 6. Post, 7. Schriftführer, 8. Schriftführer, 9. Schriftführer. Nach Erledigung der Tagesordnung, löste der Vorsitzende an die Mitglieder einen Appell, nicht für die Stärkung unseres Verbands einzutreten und höchst die ausregend verfaßte Generalversammlung.

Baden-Baden. (Straßenbahner.) In der Nr. 4 der Deutschen Straßen- und Kleinbahner-Zeitung erschien ein Bericht über eine Straßenbahnerversammlung in Baden-Baden, der es mit der Wahrheit nicht so genau nahm und richtig gestellt werden sollte. Es entspricht nicht den Tatsachen, daß die Straßenbahnerkollegen in der christlichen Domäne Baden-Baden bis zu 9 Stunden Dienst machen ohne Bezahlung der Nebenkosten. Richtig ist und das ist dem Feierten Zeitzer aus Karlsruhe geläufig worden, daß die Straßenbahner im Winterplan 7 Stunden und im Sommerplan 8 Stunden Dienst machen. Der Jahresdurchschnitt ist 8 Stunden und mithin die Vermehrung der Nichtbezahlung der Nebenkosten unzulässig. Der Bericht sagt ferner, daß eine Magazin Straßenbahnerkollegen „schwerlich“ auf ihre Anstellung warteten, die von dem großen Einflusses des christlichen Verbandes nicht kommen wollte. Der Feierte Zeitzer um die Straßenbahner Badens bezügliche Transportarbeiterverband möglicherweise beruhigt sein, trotz Beschlusses des Stadtrates und trotz der Stellungnahme des Herrn Oberbürgermeisters in vieler Frage haben wir „Danach unseres Einflusses“ durchgezeigt, daß statt 4 die benötigten 12 Kollegen angestellt wurden. Feierte Zeitzer ist auch das einzige Mitglied des Transportarbeiterverbandes, das dieser bei der Straßenbahn eingesetzt hat. Zum Dank darüber, daß dieser durch uns reichliche Arbeit gearbeitet hat, wurde er 1919 für seine Verdienste vom „Vorwärts“ ausgezeichnet.

Derjenige auch in Zukunft sich eifrig weitermüht, unsere erfolgreiche Tätigkeit zu unterstützen und die Einigkeit und Geschlossenheit des Fahrgärtnerpersonals zu sprengen sucht. Die Tätigkeit unseres Bezirksleiters, das die Straßenbahner als mangelnde Fuß im Transportarbeiterverband missbraucht würden, löst den Arbeitnehmer die Behauptung aufstellen. In Zukunft hätten die Fahrgärtner und die Arbeitnehmer seit sieben Jahren nicht mehr gestrichen. Gekränt ist denn das Gebiet des Deutschen Reiches und des Transportarbeiterverbandes auf Karlsruhe?? Wenn nicht, ist es dann vielleicht vielleicht unbekannt, daß die Straßenbahner in einer Linie im Deutschen Transportarbeiterverband die Rechte für die Straßenbahnerarbeitergruppen zu zahlen haben, die dem noch in vielen Fällen von kommunistischer Seite in Karlsruher Weise infrage gestellt werden? Des weiteren Bezirksleiter Gekränt ist dann anwesenden Beamten des Transportarbeiterverbandes einen ausgewichen hat, warum Zeitzer denn der Behauptung gegenüber schwieg, daß dieser Beamte den Glauben die 4. Gehaltsklasse bei den Verhandlungen verloren habe? Er war doch selbst dabei und die Behauptung zurückzweisen kann. Hinterließ er deshalb geschwiegen, weil zwei Straßenbahnerkollegen entweder waren, die schwache Gedächtnis des Kollegen Zeitzer im Rücken etwas aufgerichtet hätten? Warum die Behauptung des Bezirksleiters anderen die Dienstigen wußten Verdruck kein, die dem Verband den Rücken kehrten, so trat das für den Angenommen zu. In welchem wie im Jahre standen um die Ausstellung der 12 Minuten durchzuführen. Eine Sprengung des Verbands in diesem Augenblick hätte zweifellos zur Folge gehabt, daß die Anhängerinnen des Volkes gefangen wären. Nochmals zum die Arbeitnehmer durchgesetzt hab, kann jetzt noch die Überzeugung handeln. Wir halten nichts und würden es auch bedauern, wenn nur einer seiner Gehilfen zum Wider beiwohnen. Nunmehr mag das in Errichtung gesetztes der jetzt hoffnungsvolle Zeitungsbericht Schluß seines nicht besonders glücklichen Lebens für die Badener Straßenbahnerkollegen die Überzeugung genommen haben, daß die christliche Gewerkschaft verfügt habe, bald den Sieg zum Transportarbeiterverband (heute es Verkehrsverbund) unden zu-

Berichtsnotizen.

Zur Woche vom 3. April bis zum 2. Mai ist der 14. Werkeinstieg fällig.

Angeschaut haben folgende Ortsgruppen:

3. Quartal 1920: Hennig (Gem.).

4. Quartal 1920: Düsseldorf (Gem.), 1. Werk. u. Werk. Beamte, Köln (Kreisgebiet), Coesfeld, Neheim, Wessel, Elberfeld, Bocholt, Köln-Mülheim, Werburg a. d. Lippe, Steinach i. B., M. Gladbach und Düsseldorf (St.).

Der Zentralvorstand.

Gedenktitel.

Gefordert sind die Kollegen:

Steiger Jakob, Neuburg	1. 3. 21
Negner Michael, Neuburg	1. 3. 21
Dochow Otto, Herren i. M.	2. 3. 21
Korte August, Mühlacker i. W.	3. 3. 21
Lötting Franz, Holz, Wiesloch	10. 3. 21
Saol Burkhardt, Bamberg	13. 3. 21
Reiner Johann, Bamberg	15. 3. 21
Reuter Ludwig, Frankfurt a. M.	15. 3. 21
Zornoth Paul, Köln	17. 3. 21
Schäfer Christian, Boppard	17. 3. 21
Pfeiffer Peter, Köln	17. 3. 21

Ehre ihrem Todten!